

Pressemitteilung

Abteilung für Kommunikation

Ref: 604d09

Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60

Fax +33 (0) 3 88 41 39 11

Internet: www.coe.int/de

e-mail: pressunit@coe.int



COUNCIL OF EUROPE
CONSEIL DE L'EUROPE

47 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
"Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien"
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Moldau
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

Kommissar Hammarberg: „Die Menschenrechte aller Transgender sollten gewahrt werden“

Straßburg, 29.07.2009 – „Die Mitgliedstaaten des Europarates sollten mehr unternehmen, um Transphobie und die Diskriminierung von Transgender zu beenden. Die Situation von Transgender wurde lange Zeit nicht beachtet und vernachlässigt, obgleich die Probleme, denen diese Menschen gegenüberstehen sehr real und oft für diese Gruppe allein spezifisch sind. Sie erleben ein hohes Maß an Diskriminierung und Intoleranz in allen Bereichen des Lebens sowie offene Gewalt. Transgender waren in einigen europäischen Ländern die Opfer brutaler Hassverbrechen und Mord“, sagte der Kommissar für Menschenrechte bei der heutigen Veröffentlichung eines fachlichen [Themenpapiers](#) über „Menschenrechte und Geschlechtsidentität“.

Das Themenpapier hebt hervor, dass vereinbarte internationale Menschenrechtsnormen, wie zum Beispiel das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Gesundheitsfürsorge auf alle Menschen gleichermaßen Anwendung finden, alle Transgender eingeschlossen. Ebenso besitzen sie das Recht auf Schutz vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Das Themenpapier des Kommissars beschreibt auch positive Schritte, die in einigen Ländern unternommen wurden, um die Rechte von Transgender zu schützen. Allerdings sind Transphobie und Ignoranz in diesem Bereich weit verbreitet. Das Themenpapier empfiehlt, dass Mitgliedstaaten des Europarates weitere Maßnahmen ergreifen, um die Diskriminierung auch durch die Fortbildung von Gesundheitspersonal zu verhindern. Das Themenpapier betont auch, dass es nicht notwendig sein sollte, eine Sterilisation oder andere medizinische Behandlungen vornehmen lassen zu müssen, als zwingende Voraussetzung, damit die Geschlechtsidentität einer Person anerkannt wird.

Das Themenpapier über „Menschenrechte und Geschlechtsidentität“ wird am 29. Juli 2009 um 13.30 Uhr in Kopenhagen anlässlich der 2. Internationalen Konferenz über die Menschenrechte von Leben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) am Rande der Veranstaltung World Outgames veröffentlicht. Der Kommissar wird der Hauptredner auf der abschließenden Plenarsitzung sein, die um 15.30 Uhr beginnt.

Pressekontakt im Sekretariat des Kommissars:

Stefano Montanari, +33 6 61 14 70 37, stefano.montanari@coe.int

Büro des Menschenrechtskommissars

Kommunikationsabteilung

Tel: +33 (0)3 88 41 35 38

Fax: +33 (0)3 90 21 50 53

www.commissioner.coe.int

press.commissioner@coe.int

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen per Mail empfangen wollen, wenden Sie sich bitte an: Council.of.Europe.Press@coe.int

Der Europarat wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Menschenrechte auf dem ganzen Kontinent zu fördern. Er gibt zudem Antworten auf die sozialen, kulturellen und rechtlichen Herausforderungen, die sich in den 47 Mitgliedsstaaten stellen.